



Briefing Notes

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

26. September 2022

Äquatorialguinea

Abschaffung der Todesstrafe

Der seit 1979 autokratisch regierende Staatspräsident Teodoro Obiang Nguema Mbasogo hat am 19.09.22 ein neues Strafgesetzbuch bekanntgeben, das Mitte Dezember 2022 in Kraft treten und mit dem die Todesstrafe abgeschafft werden soll. Das letzte Todesurteil wurde laut Amnesty International im Jahr 2014 vollstreckt.

Äthiopien / Eritrea

Tigray: Berichte über Großoffensive eritreischer Streitkräfte

Nach Angaben der Tigray People's Liberation Front (TPLF) haben eritreische Streitkräfte im Grenzgebiet zwischen Tigray und Eritrea eine Großoffensive gestartet. Wie TPLF-Sprecher Getachew Reda am 20.09.22 auf Twitter meldete, erhielten die Eritrean Defence Forces (EDF) Unterstützung durch die äthiopische Armee und amharische Spezialkräfte. Entlang der gesamten Front sei es zu schweren Gefechten gekommen. Erst in der vergangenen Woche wurde gemeldet, dass Eritrea große Teile seiner Bevölkerung mobilisiert habe (vgl. BN v. 19.09.22). Eine offizielle Bestätigung für einen Einsatz der EDF gibt es bislang nicht. Der amerikanische Sondergesandte für das Horn von Afrika, Mike Hammer, bestätigte Meldungen über die eritreische Offensive und bezeichnete die Lage als extrem besorgniserregend.

Afghanistan

Sicherheitslage: Anschläge in Kabul, Kämpfe der Taliban mit Widerstandsgruppen, Terrorismus

In Kabul hat es am 21.09.22 einen Bombenanschlag auf ein Lokal gegeben, in dem hauptsächlich Angestellte des Energieversorgers Da Afghanistan Breshna Sherkat (DABS) anwesend waren. Es gab drei Tote und 13 Verletzte. Am 23.09.22 gab es einen weiteren Anschlag auf die Wazir Akbar Khan Moschee in Kabul während des Freitagsgebets (sieben Tote und ca. 40 Verletzte). Niemand bekannte sich bisher zu den Anschlägen. Auseinandersetzungen zwischen den Taliban und der Nationalen Widerstandsfront (NRF) halten an. Weiterhin werden regelmäßig Menschen beschuldigt, den Widerstand zu unterstützen und dafür verhaftet, gefoltert und/oder erschossen. So haben die Taliban am 19.09.22 einen ehemaligen Armeeingehörigen in der Provinz Samangan nachts aus seinem Haus geholt und erschossen. Die Außenminister Pakistans und Tadschikistans haben am 23.09.22 auf der UN-Generalversammlung geäußert, dass sich Afghanistan unter den Taliban rapide in ein sicheres Rückzugsgebiet für Terroristen verwandle. Die Taliban widersprachen den Anschuldigungen.

Verfolgungslage

In der Hauptstadt der Provinz Helmand, Lashkargah, haben die Taliban am 17.09.22 bei Hausdurchsuchungen zwei Frauen getötet. Die Umstände sind unklar. Anschließend gab es Proteste von Anwohnerinnen und Anwohnern

gegen die Taliban. Auch in anderen Provinzen werden weiterhin Hausdurchsuchungen durchgeführt. Dabei dringen Taliban oftmals unangekündigt nachts in Häuser ein. Die Furcht hiervor führe mancherorts dazu, dass Bewohnerinnen und Bewohner ihre Dörfer verließen.

Regierungsführung

Am 21.09.22 ernannte der Führer der Taliban, Hibatullah Akhundzada, einen neuen Bildungsminister, nachdem der amtierende Minister in Afghanistan wie auch international für seine Aussage, die Menschen in Afghanistan wären nicht bereit für weiterführende Bildung von Mädchen (vgl. BN v. 19.09.22), kritisiert worden war. Auch andere Posten, u.a. der Gouverneur der Provinz Panjshir, wurden neu besetzt. Es gab keine offizielle Erklärung zu den Umbesetzungen.

Am 19.09.22 tauschten die USA und die Taliban Gefangene aus: Sowohl der ehemalige US-Soldat Mark Frerichs, der im Januar 2020 entführt worden war, als auch der seit 2005 in Guantanamo inhaftierte Milizenführer und Drogenhändler Baschir Nursai wurden freigelassen. Die Taliban werteten den Austausch als neue Ära in ihren Beziehungen zu den USA.

Die Taliban haben am 20.09.22 in der Stadt Herat Bezeichnungen in persischer Sprache (Dari) von Schildern an Ministerien entfernen lassen und durch Beschriftungen in Paschtu und Englisch ersetzt. Im Finanzministerium in Kabul haben die Taliban am 08.09.22 die Angestellten einem Islamtest unterzogen, um deren Staatstreue zu testen. Dabei wurde u.a. nach Anzeichen für das Jüngste Gericht gefragt. In der Provinz Farah haben die Taliban am 20.09.22 männliche Angestellte von Medienunternehmen angewiesen, Bärte und Turbane zu tragen.

Angola

Tausende protestieren gegen das umstrittene Wahlergebnis

Laut Medienbericht sind auf einen Demonstrationsaufruf der stärksten Oppositionspartei Nationale Union für die völlige Unabhängigkeit Angolas (UNITA) am 24.09.22 tausende Menschen in der Hauptstadt Luanda auf die Straßen gegangen, um gegen den angeblichen Wahlbetrug bei den Nationalwahlen vom 24.08.22 zu protestieren, bei welcher Staatspräsident João Lourenço mit seiner Partei Volksbewegung zur Befreiung Angolas (MPLA) seine Machtposition ein weiteres Mal behaupten konnte (vgl. BN v. 29.09.22). Die Demonstration sei friedlich und störungsfrei verlaufen, Auseinandersetzungen und Festnahmen seien (diesmal) nicht bekannt geworden.

DR Kongo

Gewaltsame Auflösung verschiedenartiger Demonstrationen

Das UN-Informationsradio berichtete über die gewaltsame Auflösung von Demonstrationen durch Sicherheitskräfte. Polizeikräfte lösten am 21.09.22 im Viertel Gombe der Hauptstadt Kinshasa eine nicht angemeldete Demonstration für Lohn- und Prämienzahlungen sowie bessere Arbeits- und Lebensbedingungen von geschätzt zweitausend Ärztinnen und Ärzten des Öffentlichen Dienstes mit Gewalt und Tränengas auf. Es habe auf beiden Seiten Verletzte gegeben, mehrere Demonstrierende seien zeitweilig festgenommen worden. Die nationale Ärztegewerkschaft und das kongolesische Ministerium für Menschenrechte verurteilten jeweils das Vorgehen der Polizei und die übermäßige Gewaltanwendung und forderten eine Untersuchung und Verfolgung polizeilichen Fehlverhaltens. Unter Berufung auf einen Erlass des Gouverneurs von Kinshasa rechtfertigte der örtliche Provinzkommissar der Nationalpolizei die Demonstrationsauflösung mit einem allgemeinen Demonstrationsverbot in der Zone des gewählten Demonstrationsortes. Bei einer angeblich friedlichen Demonstration in der Stadt Beni der Ausnahmezustandsprovinz Nord-Kivu am 21.09.22 wurden 21 Angehörige der Bürgerbewegung Lutte pour le changement (LUCHA) festgenommen. Nach dem Schusswaffengebrauch gegen Demonstrierende in Rutshuru-Centre (Nord-Kivu) am 22.09.22 sei ein Demonstrant getötet und vier weitere verletzt worden. Behördenangaben zufolge wurde ein verantwortlicher Polizist festgenommen und ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Bei den Demonstrationen in Nord-Kivu forderten die Teilnehmenden die Befreiung der seit drei Monaten unter der Kontrolle der Rebellengruppe Mouvement 23 (M23) stehenden Grenzstadt Bunagana im Territorium Rutshuru durch die kongolesische Armee.

Ostprovinz Ituri: Sicherheitslage für die Zivilbevölkerung, Binnenvertriebenenzahlen, Kinderkombattanten

Laut dem örtlichen Leiter der UN-Stabilisierungsmission in der DR Kongo (MONUSCO) töteten nichtstaatliche bewaffnete Gruppen allein im August 2022 in der Ausnahmezustandsprovinz Ituri 179 Zivilpersonen. Des Weiteren gab das Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) bekannt, dass es seit Juni 2022 mehr als 1.7 Mio. intern Vertriebene in Ituri registriert hat. Die Lage der Binnenvertriebenen wird als prekär beschrieben. Diese hätten keinen Zugang zu Obdach, Nahrungsmitteln, Trinkwasser und medizinischer Versorgung. Die Kinderschutzabteilung der MONUSCO, die über die Rückführung von 235 Kindern aus den nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen in Ituri seit Jahresbeginn 2022 berichtete, erklärte, dass Kinder und schulpflichtige Jugendliche in fast allen Dörfern der Territorien Djugu, Irumu, Mambasa, Magahi und Aru von nichtstaatlichen (zwangsweisen) Rekrutierungen und -einsätzen betroffen seien. Betroffene würden mittels Propaganda und Manipulationen gegenüber den Eltern zwangsrekrutiert oder mit Geld angeworben werden oder seien mangels Beschäftigung oder sozialer Betreuung freiwillig nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen beigetreten.

Westprovinz Maï -Ndombe, Kwilu: ethnischer Konflikt breitet sich aus, 100 Tote bei neuen Zusammenstößen

Medienberichten zufolge breitet sich der zunächst auf das Territorium Kwamouth der westkongolesischen Provinz Maï -Ndombe begrenzte interethnische Konflikt zwischen den Teke und Yaka (vgl. BN v. 19.09.22) auf das Gebiet Bagata der südlichen Nachbarprovinz Kwilu aus. Bei den gewaltsamen Auseinandersetzungen in Kwamouth zwischen dem 21.09 und 23.09.22 seien fast 100 Menschen getötet und neue Vertreibungswellen ausgelöst worden.

Festnahme und Inhaftierung eines Generalleutnants u.a. wegen Vorwurfs des Hochverrats und Staatsstreichs

Medienberichten zufolge wurde der Generalleutnant Philémon Yav, seit 25 Jahren eine Schlüsselfigur im Militärapparat und u.a. zuletzt Kommandant der Operationen gegen die bewaffneten Gruppen im Ostkongo, am 18.09.22 festgenommen und seither im Gefängnis Makala in Haft gehalten. Yav werde Hochverrat sowie die Vorbereitung eines Staatsstreiches zur Last gelegt wegen angeblicher Zusammenarbeit mit einem hohen Offizier der ruandischen Armee, der in eine mögliche Verschwörung für einen Staatsstreich in der DR Kongo verwickelt sein soll. Yav werde auch der vorsätzlichen Tötung eines Brigadegenerals in Goma (Nord-Kivu) durch Vergiftung beschuldigt. Laut anonymen Quellen aus Sicherheitskreisen seien mindestens 75, dem Generalleutnant nahestehende Angehörige der Streitkräfte in Nord-Kivu festgenommen worden. Andere anonyme Lokalquellen unbekannter Art teilten mit, dass nur die schweren Waffen der kurzzeitig festgehaltenen Soldatinnen und Soldaten sichergestellt wurden. Bereits Anfang Februar 2022 kursierten im Zusammenhang mit der Festnahme von François Beya, vormaliger Sonderberater des Präsidenten Félix Tshisekedi für Sicherheitsfragen und seit 40 Jahren Teil des Sicherheitssystems der DR Kongo, Gerüchte über einen angeblich gescheiterten Staatsstreich in der DR Kongo (vgl. BN v. 14.02.22).

Gabun

Anklageerhebung gegen den Vorsitzenden der größten parlamentarischen Oppositionspartei

Laut Medienbericht erhob die Staatsanwaltschaft Franceville u.a. Anklage gegen den am 20.09.22 unter Hausarrest gestellten und seines Reisepasses entzogenen Vorsitzenden der größten parlamentarischen Oppositionspartei Les Démocrates (LD), Guy Nzouba-Ndama, wegen Geldwäsche, krimineller Vereinigung und „Kollaboration mit einer ausländischen Macht“. Die Strafverfolgungsmaßnahmen gegen den ernst zu nehmenden, möglichen Kandidaten bei den für August 2023 vorgesehenen Präsidentschaftswahlen (vgl. BN v. 19.09.22) haben bei der Opposition für Kritik gesorgt.

Gambia

UNDP: Zugang zu Bildung und Ernährung, erhebliche Herausforderungen bei Gesundheitsversorgung

Laut dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) hat Gambia im Berichtszeitraum 2019 bis 2021 erhebliche Fortschritte beim Zugang zu Bildung und Ernährung erzielt. Es gebe Fortschritte bei den Einschulungs- und Verbleibraten einerseits und der Prävalenz von unter Untergewicht, Auszehrung und „Stunting“ (ernährungsbedingte Wachstumsverzögerung) leidender Kinder unter fünf Jahren andererseits. Im Bereich der Gesundheitsversorgung gebe es weiterhin ernsthafte Herausforderungen. Es herrsche ein akuter Mangel an

medizinischem Fachpersonal bei zugleich ungleicher Verteilung. Die Dichte medizinischen Fachpersonals betrug laut UNDP lediglich 5,15 pro 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner, was deutlich unter der Empfehlung von 23 pro 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner liegen würde. Fast 50 % des medizinischen Fach- und anderen medizinischen Personals sei in der am dichtesten bevölkerten Region West Coast tätig. Laut UNDP habe die COVID-19-Pandemie gezeigt, dass das ohnehin schwache nationale Gesundheitssystem gestärkt werden muss, um angemessene Reaktionen auf COVID-19 und die Behandlung anderer Krankheiten zu gewährleisten. UNDP wies zudem darauf hin, dass 66,2 % der Gesamtbevölkerung keinen Zugang zu einer sicheren Wasserversorgung haben.

Anstieg der Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote der Erwerbsbevölkerung, die nach der Arbeitskräfteerhebung des gambischen Amtes für Statistik in Zusammenarbeit mit UNDP von 2018 noch rd. 35 % betrug, beträgt laut Staatspräsident Adama Barrow derzeit 41,5 %.

Iran

Landesweite Proteste: Verhaftungen und Todesfälle

Während der nahezu landesweiten Ausweitung von Protesten nach dem Tod einer 22-jährigen Frau in Polizeigewahrsam (vgl. BN v. 19.09.22), kam es in zahlreichen Städten, u.a. Teheran, Rasht, Tabriz, Sanandaj, Shiraz und Karaj, zu gewaltsamen Zusammenstößen von Sicherheitskräften und Demonstrierenden. Bisher seien dabei unbestätigten Angaben zufolge insgesamt zwischen 41 und 57 Personen zu Tode gekommen. Darunter sowohl Protestteilnehmende als auch Sicherheitskräfte. Zahlreiche weitere Personen seien bei den Unruhen verletzt worden. Nach offiziellen Angaben wurden Personen durch Ordnungskräfte erschossen, als sie in hochgesicherte Einrichtungen hätten eindringen wollen. Eine laut Auslandsmedien unbestätigte höhere Anzahl an Personen sei in der Provinz Kordestan festgenommen worden, darunter ein hoher Anteil an Frauen. Staatsmedien berichteten über Festnahmen von rd. 1.000 Personen in der Region. Nach Angaben des iranischen Journalistenverbandes seien auch Journalistinnen und Journalisten, die über die Proteste berichten wollten, verhaftet worden. Präsident Ebrahim Raisi sowie Justizchef Ezhei hatten zuvor ein entschiedenes Vorgehen gegen Demonstranten angekündigt. Auch der Zugang zum Internet war laut einer beobachtenden Organisation seit 17.09.22 stark eingeschränkt worden. Insbesondere mobile Funknetze funktionierten demnach kaum. In der Stadt Oshnaviyeh (West-Aserbaidschan) seien nach massiven Protestaktionen und zahlreichen Festnahmen am 24.09.22 Internet- und Festnetzanschlüsse zeitweise komplett ausgefallen. Auslandsmedien wiesen vor dem Hintergrund auf eine erschwerte Berichterstattung hin.

Solidaritätsbekundungen mit den Protestierenden äußerten sich laut Medienberichten u.a. in Streikaufrufen und Ankündigungen von Lehrkräften sowie Studierenden, aus Protest gegen Verhaftungen keine Lehrveranstaltungen abzuhalten. Staatsmedien berichteten hingegen am 25.09.22 über Gegendemonstrationen in Teheran und weiteren Städten. Tausende Menschen hätten teilgenommen, um die anhaltenden Proteste von Regimekritikern zu verurteilen.

Kirgisistan / Tadschikistan

Nach schweren Gefechten Waffenstillstand vereinbart

Nach den schweren Kämpfen an der Grenze zwischen Kirgisistan und Tadschikistan zwischen dem 16.09.22 und dem 18.09.22 mit Schwerpunkt um die kirgisische Grenzstadt Batken (vgl. BN v. 19.09.22), haben beide Seiten am Abend des 19.09.22 ein Waffenstillstandsabkommen vereinbart, in dem laut dem Chef des kirgisischen Staatssicherheitskomitees „Maßnahmen zur Wiederherstellung der Stabilität“ getroffen wurden. Seitdem scheint sich die Situation normalisiert zu haben und es kommt bislang zu keinen Gefechten mehr. Beide Staaten beschuldigten sich gegenseitig der Aggression. Nach neuesten Angaben wurden auf kirgisischer Seite 59 Menschen getötet und 163 verletzt, während die tadschikischen Behörden von insgesamt 41 Todesopfern sprachen.

Kolumbien

FARC-Dissident verkündet Waffenruhe

Am 23.09.22 kündigte der Guerillakommandant des Südostblocks Nestor Gregorio Vera, alias Ivan Mordisco, an, dass alle FARC-Guerillas angewiesen werden Konfrontationen mit den Sicherheitskräften so weit wie möglich zu vermeiden und nur Gewalt anzuwenden, um sich gegen Angriffe zu verteidigen. Die einseitige Waffenruhe solle die Voraussetzungen für einen bilateralen Waffenstillstand und Verhandlungen schaffen. Mordisco wurde am 15.07.22 vom damaligen Verteidigungsminister Molano, nach einem Bombenanschlag in der südwestlichen Provinz Caueta, offenbar fälschlicherweise für tot erklärt (vgl. BN v. 18.07.22). Laut der Denkfabrik Indepaz signalisierten neben dem Südostblock, mehr als 20 illegale bewaffnete Gruppen ihre Bereitschaft zur Demobilisierung, falls ihnen rechtliche Vorteile gewährt werden. Bereits seit August dieses Jahres verhandelt Kolumbiens hoher Friedenskommissar, Danilo Rueda, unter der Aufsicht der UN und der norwegischen Regierung, über die mögliche Wiederaufnahme von Friedensgesprächen mit der Guerillagruppe ELN (vgl. BN v. 22.08.22).

Libyen

Kämpfe in Zawiya fordern mehrere Todesopfer und Verletzte

Am 25.09.22 ist es in der westlibyschen Stadt Zawiya bei Kämpfen zwischen bewaffneten Gruppierungen, welche beide die in Tripolis ansässige Einheitsregierung (Government of National Unity, GNU) unterstützten, laut lokalen Medienberichten zu zahlreichen getöteten und verletzten Personen gekommen; unter ihnen sollen sich auch mehrere Zivilpersonen befinden.

Marokko

Drei Jahre Haft für Menschenrechtsaktivistin Saida El Alami

Am 21.09.22 wurde die Menschenrechtsaktivistin Saida El Alami in zweiter Instanz zu drei Jahren Haft verurteilt. Sie war wegen Beleidigung eines Verfassungsorgans, Beleidigung von Amtsträgern in Ausübung ihrer Pflicht, Angriff auf die Justiz und Verbreitung falscher Behauptungen angeklagt worden. In erster Instanz war sie zu zwei Jahren Haft und einer Geldstrafe verurteilt worden. Die 48-jährige postete regelmäßig kritische Berichte über Behörden, soziale Themen betreffend.

Myanmar

Tote bei Armeeangriff auf Schule

Bei Luft- und Bodenangriffen auf das Dorf Let Yet Kone in der Gemeinde Depayin (Region Sagaing) am 16.09.22 töteten Juntatruppen UN-Angaben zufolge mindestens 13 Personen, darunter elf Kinder, die sich zum Zeitpunkt der Attacke in einer Klosterschule befanden. Nach lokalen Medienberichten wurden im Dorf insgesamt 17 Personen getötet und 17 weitere, darunter 14 Schülerinnen und Schüler, verletzt. Das Militär erklärte, das Vorgehen sei gegen Aufständische gerichtet gewesen, die sich in der Schule verschanzt hätten.

Nigeria

Mehr als 600 Schulen landesweit geschlossen

Obwohl in diesem Monat das neue Schuljahr in Nigeria beginnt, bleiben landesweit über 600 Schulen aufgrund von Bedenken bezüglich der Sicherheit der Schülerinnen und Schüler geschlossen. Nach Angaben von UNESCO sind deshalb diesen Monat mehr als 20 Mio. Schülerinnen und Schüler nicht in der Schule. Im Vergleich zu einer ähnlichen Erhebung im Mai 2022 ist eine Steigerung von knapp 2 Mio. Kindern zu verzeichnen.

Es kommt immer wieder vor, dass Dörfer von bewaffneten Gruppierungen überfallen und ausgeraubt werden. In der Folge müssen die Familien meistens ihren Heimatort verlassen und in Notunterkünften leben, ohne Zugang zu

einer Schule. Zudem werden bei solchen Überfällen oftmals auch die Schülerinnen und Schüler einer Schule entführt, um ein Lösegeld zu erpressen.

Schwere Überschwemmungen

Allein in der vergangenen Woche starben nach Angaben der National Emergency Management Agency (NEMA) mindestens 20 Menschen durch die aktuellen Überschwemmungen. Insgesamt seien dieses Jahr bereits mehr als 300 Menschen ums Leben gekommen. Demnach seien aktuell mehr als 500.000 Menschen in 27 Bundesstaaten von den Überschwemmungen direkt betroffen (vgl. BN v. 19.09.22).

Die NEMA warnt vor einer sich weiter verschärfenden Lage in den kommenden Wochen, da einige Staudämme einen kritischen Zustand erreicht hätten. Zudem sei die Versorgung mit Lebensmitteln bedroht, da vor allem im Norden des Landes weite Flächen landwirtschaftlich genutzten Landes überflutet und angebautes Getreide zerstört wurden. Die Nigeria Hydrological Services Agency sagt aufgrund der exzessiven Regenfälle für das gesamte Jahr 2022 eine Erhöhung der Überschwemmungen im Vergleich zum vergangenen Jahr voraus.

Katsina State: Entführungen

Am 14.09.22 wurden im Nordwesten des Bundesstaates Katsina State ca. 50 Personen von unbekanntem bewaffneten Personen aus dem Dorf Bakiyawa entführt (vgl. BN v. 19.09.22). Zudem wurden während des Überfalls vier Menschen getötet und die Häuser der Dorfbewohner teilweise geplündert. Die Entführer halten nach Darstellungen der Medien noch 43 Personen in ihrer Gewalt und fordern von den Bewohnern des Heimatdorfes der Entführungsoffer 250 Mio. NGN (rd. 590.000 EUR, Stand: 26.09.22) Lösegeld. Nach Aussage der Dorfbewohner sei es ihnen nicht möglich, den Betrag zu finanzieren. Von Seiten der Regierung hätten sie keinerlei Aussagen oder Hilfen zu dem Fall erhalten, wohingegen die Polizei angab, von den Lösegeldforderungen nichts zu wissen. An einer Lösung zur Befreiung der entführten Personen werde jedoch gearbeitet.

Pakistan

Humanitäre Lage: Hochwasser

Mit Stand 22.09.22 ist das Hochwasser im ganzen Land größtenteils zurückgegangen und die Überflutungsgefahr der Flüsse wird als gering eingestuft. Allerdings könnte der vollständige Rückgang des Wassers drei bis sechs Monate dauern. Inzwischen sind 84 Bezirke als von der Katastrophe betroffen eingestuft, darunter auch drei Distrikte in Gilgit-Baltistan. Mehr als 1.550 Menschen kamen bisher ums Leben. Geschätzte 7,6 Mio. Menschen sind vorübergehend vertrieben worden. Mehr als zwei Mio. Häuser sind beschädigt, davon 800.000 vollständig zerstört, ein starker Anstieg von 70 % seit 01.09.22 wegen erneuter Überschwemmungen in Lower Sindh. Mindestens 23.900 Schulen wurden durch die Überschwemmungen landesweit beschädigt oder zerstört, die meisten davon in Sindh, wobei mehr als 5.500 Schulen noch immer als Notunterkünfte genutzt werden. Dem Land fehlen 2,6 Mrd. Tonnen Weizen. Nach Angaben des National Flood Response Coordination Centre reichen die Vorräte jedoch aus, um den Jahresbedarf von 30,5 Mio. Tonnen Weizen im Jahr 2022 zu decken. Zwei von drei intern Vertriebenen in Khyber Pakhtunkhwa und Belutschistan haben keinen Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen. Es kam zu einem Anstieg von durch Moskitos übertragenen Krankheiten wie z.B. Malaria und Denguefieber. Seit 01.07.22 wurden in den vom Hochwasser betroffenen Regionen über 2,7 Mio. Menschen wegen dieser Krankheiten behandelt. In der Provinz Sindh sind Gastroenteritis und Malaria Haupterkrankungen bei Binnenvertriebenen. Dort ist die Lage für das Gesundheitssystem besonders angespannt. Nach offiziellen Angaben der Provinzregierung wurden zusätzlich 450 Lager zu Zwecken der medizinischen Behandlung eingerichtet. Der UNHCR hat 1,1 Mio. von den geplanten 1,2 Mio. lebensrettenden Hilfsgütern geliefert (vgl. BN v. 19.09.22). Zudem sicherte die Weltbank eine Hilfe in Höhe von zwei Mrd. USD zu.

Anschläge in den Khyber Pakhtunkhwa Tribal Districts

Am 18.09.22 demonstrierten Zivilpersonen im Distrikt Swat gegen die Tehreek-e-Taliban Pakistan (TTP), die dort zuvor einen tödlichen Anschlag auf das Mitglied eines Friedenskomitees verübte.

Am 20.09.22 wurde im Stammesdistrikt Nord-Waziristan ein junger Mann vor seinem Haus von unbekanntem bewaffneten Männern erschossen. Bei gezielten Angriffen in Nord-Waziristan sind in diesem Jahr bereits mehr als

50 exponierte Personen wie lokale Stammesführer, für Menschenrechte aktive Personen, Mitglieder der Jugendorganisation von Waziristan, Religionsgelehrte und Sicherheitskräfte getötet worden. Am 22.09.22 töteten im Khyber District unbekannte bewaffnete Männer einen Stammesältesten.

Palästinensische Autonomiegebiete / Israel

Westjordanland: Gewaltsame innerpalästinensische Auseinandersetzungen

Am 20.09.22 starb eine Person bei gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen palästinensischen Sicherheitskräften und Anwohnerinnen und Anwohnern in Nablus, im Norden des Westjordanlandes. Auslöser war eine Verhaftungsrazzia der Sicherheitskräfte gegen Milizenangehörige. Die Auseinandersetzungen dauerten bis zu einer Waffenruhe am 21.09.22 an.

Medienberichten zufolge zeigt die Eskalation die Ablehnung der Palästinensischen Autonomiebehörden durch die Bevölkerung. Zahlreiche palästinensische Personen würden der palästinensischen Vertretung und insbesondere dem 2005 für eine vierjährige Legislaturperiode gewählten Präsidenten Abbas die Duldung und Unterstützung der israelischen Besatzung vorwerfen.

Am 24.09.22 erschoss israelisches Militär einen Palästinenser, welcher Militärangaben zufolge versuchte in der Nähe der Stadt Nablus sein Auto in eine Gruppe von Soldatinnen und Soldaten zu lenken. Seine Familie beteuerte, es müsse sich um einen Unfall gehandelt haben.

In der Nacht des 24.09.22 wurde außerdem ein Palästinenser auf einem Motorrad vom israelischen Militär getötet. Angaben des Militärs zufolge hätten diese das Feuer auf bewaffnete Personen in einem Auto und auf einem Motorrad eröffnet, als die Fahrzeuge sich dem Ort ihrer Militäroperation in der Nähe von Nablus näherten. Der Dachverband militanter Gruppierungen ‚Höhle der Löwen‘ verkündete, dass eines ihrer Mitglieder in Auseinandersetzung mit dem Militär getötet worden sei.

Russische Föderation

Militärische Teilmobilmachung, nachfolgende Proteste und Festnahmen

Am 21.09.22 hat Präsident Putin als Reaktion auf die militärischen Rückschläge im Ukrainekrieg die Teilmobilmachung der russischen Streitkräfte angeordnet. Entgegen offizieller Verlautbarungen, denen zufolge 300.000 Personen der militärischen Reserve eingezogen werden sollen, dabei vornehmlich Reservistinnen und Reservisten, die über eine einschlägige Spezialisierung und Kampferfahrung verfügen, beziffern unabhängige russische Exilmedien das tatsächlich ausgegebene Ziel unter Berufung auf Regierungsquellen auf eine bis 1,2 Mio. Personen. Zudem bleibt die Mobilisierung Berichten zufolge nicht auf oben genannten Personenkategorien beschränkt. Vielmehr würden gegenwärtig auch solche Mitglieder der Reserve Einberufungsbescheide erhalten, die keinen Wehrdienst geleistet hätten oder denen aufgrund von Krankheit oder Kinderreichtum gesetzlich ein Aufschub zustünde. Das Mobilisierungsdekret hat ferner Auswirkungen auch auf die Vertragssoldaten, denen die in der Vergangenheit vielfach begehrte Kündigung ihrer Kontrakte mit wenigen Ausnahmen (z.B. Erreichen der Altersgrenze) fortan untersagt ist.

Im Gefolge der Ausrufung der Mobilmachung kam es laut dem Bürgerrechtsportal OWD-Info am 21.09.22 zu Demonstrationen in landesweit mindestens 38 Städten mit zusammen mehreren Tausend Teilnehmenden und damit zu den größten Protesten seit März 2022 (vgl. BN v. 21.03.22). Bis zum 25.09.22 sollen dabei insgesamt rd. 2.250 Personen u.a. in Moskau, St. Petersburg und Jekaterinburg festgenommen worden sein. Pressemeldungen zufolge sind die Sicherheitskräfte zum Teil gewaltsam mit Gummiknüppeln und Elektroschockgeräten gegen die Demonstrierenden vorgegangen und haben in mehreren Fällen die Einberufung junger männlicher Demonstranten unmittelbar veranlasst.

Somalia

US-Luftangriff

Bei einem US-Luftangriff sind am 18.09.22 nahe der Stadt Bula-Barde in der Region Hiiraan laut einer am 21.09.22 veröffentlichten Erklärung des US Africa Command (AFRICOM) 27 al-Shabaab-Kämpfer getötet worden.

Zivilpersonen seien nicht zu Schaden gekommen. In Hiiraan startete die Somali National Army gemeinsam mit ihren Verbündeten in den letzten Wochen eine Offensive gegen al-Shabaab (vgl. BN v. 19.09.22). Es handelte sich laut AFRICOM um den sechsten Luftangriff im Jahr 2022.

Anschlag

Am 25.09.22 wurden bei einem Selbstmordanschlag in der Nähe einer Militärbasis in Mogadischu mehrere Personen getötet und verletzt. Die Angaben zu den Todesopfern reichen von einer Person bis 15 Personen. Al-Shabaab übernahm die Verantwortung für den Anschlag.

Somaliland: Verschiebung der Präsidentschaftswahlen

Die für den 13.11.22 angesetzten Wahlen werden der Wahlkommission zufolge aufgrund technischer und finanzieller Probleme auf Ende nächsten Jahres verschoben. Medienberichten zufolge sieht die Opposition darin den Versuch des amtierenden Präsidenten Muse Bihi Abdi, seine Regierungszeit zu verlängern.

Sri Lanka

Demonstration in Colombo durch Sicherheitskräfte aufgelöst

Berichten zufolge kam es am 24.09.22 in Colombo zu einer Demonstration mehrerer hundert Studierender, die die Freilassung verhafteter Protestteilnehmender forderten. Am Tag zuvor hatte der Präsident das Stadtzentrum zu einer Hochsicherheitszone erklärt und Proteste in der Umgebung wichtiger Regierungsinstitutionen, u. a. Präsidentenpalast und Parlament, verboten. Die Polizei setzte Berichten zufolge Tränengas und Wasserwerfer ein. Mehrere Personen wurden festgenommen.

Die wirtschaftliche Lage bleibt derweil weiter angespannt. Im August stieg die Inflationsrate auf 70,2 %. Die Lebensmittelpreise stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 84,6 %.

Sudan

Sich verschlechternde Versorgungslage

Nach UN-Angaben vom 23.09.22 leiden aktuell 650.000 Kinder an schwerer Unterernährung. Prognosen von UNICEF gehen davon aus, dass die Hälfte dieser Kinder ohne Unterstützung und Hilfsleistungen sterben wird. Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) geht aktuell von 15 Mio. Menschen aus, die täglich Hunger leiden und vermutet, dass bis zum Ende des Monats September diese Zahl auf 18 Mio. steigen wird. Allein von Juli bis August 2022 sollen 177.350 Menschen aufgrund interner Konflikte vertrieben worden und nun auf Hilfe angewiesen sein.

Angaben der UN und des WFP zufolge sind die Ursachen der aktuellen Lage unter anderem der Militärputsch von Oktober 2021, in dessen Folge internationale Hilfsgelder eingefroren wurden, die anhaltenden politischen Unwägbarkeiten und Demonstrationen, welche staatliche Strukturen und Möglichkeiten zur Hilfe schwächen. Hinzu kommt die anhaltend schlechte wirtschaftliche Lage, die durch interkommunale Konflikte in Sudan und die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine bestärkt wird.

Zudem sinkt die finanzielle Unterstützung der UN-Agenturen, die bisher nur ein Drittel der für das Jahr 2022 anvisierten Hilfsgelder in einer Gesamthöhe von 348,9 Mio. USD erhalten haben.

Anhaltende Regenfälle und Überschwemmungen

Nach Angaben des Amtes der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) sind aktuell knapp 349.000 Menschen direkt von den heftigen Regenfällen und Überschwemmungen betroffen. Zudem seien in 16 der 18 Bundesstaaten mindestens 24.800 Häuser zerstört und 48.200 beschädigt worden. Die Zahl der bisher durch die Überschwemmungen und Regenfälle ums Leben gekommenen Menschen stieg auf 146 (vgl. BN v. 19.09.22). Zudem seien über 5.000 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche zerstört worden.

Aufgrund des generell schlechten Zustands der Infrastruktur sowie durch das Wasser beschädigte oder zerstörte Straßen, können vielen Menschen nur unzureichend und mit Verzögerung versorgt werden. Bisher wurden 125 Schulen komplett durch Überschwemmungen zerstört, weshalb über 140.000 Kinder derzeit nicht zur Schule gehen können.

Syrien

Ernteeinbußen durch Klimaveränderungen und konfliktbedingte Ressourcen- und Infrastrukturausfälle

Medienberichten zufolge verringerten im Jahr 2022 Dürre und Regenausfälle die ohnehin bereits gefährdete Ernte in Syrien. Der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) zufolge würde in diesem Jahr mit schätzungsweise 1 Mio. Tonnen Weizen nur ein Viertel der Ernte im Vergleich zur Zeit vor dem Konflikt eingefahren werden. Verursacht wurde dieser Rückgang bereits in den vergangenen Jahren. Der Konflikt hat die Infrastruktur zahlreicher Landwirtschaftsbetriebe in Mitleidenschaft gezogen, ob durch Zerstörung oder aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage oder durch Mangel an Modernisierungen, wie bspw. die Etablierung von Bewässerungssystemen. Des Weiteren sind landwirtschaftliche Flächen ebenfalls von der schwierigen Sicherheitslage wie auch von Kampfmittelrückständen betroffen. Durch die global gestiegenen Preise für Weizen und andere Ernteprodukte stellen die Ernteauffälle und die notwendigen Zukäufe aus dem Ausland, eine weitere Belastung für die bereits wirtschaftlich schlecht aufgestellte Bevölkerung Syriens dar. Zahlen der UN von Februar 2022 zufolge lebten bereits zu diesem Zeitpunkt ungefähr 97 % der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze und mehr als die Hälfte der Bevölkerung sei von Nahrungsmittelunsicherheit betroffen gewesen.

Nordwesten: ‚Friedenskarawane‘ durch HTS gewaltsam gestoppt

Am 12.09.22 wurden mehr als 400 Personen, welche kollektiv versuchten über den Bab al-Hawa Grenzübergang aus dem Nordwesten Syriens in die Türkei zu gelangen, von den Kräften der dort kontrollausübenden islamistischen Hai'at Tahrir asch-Scham (HTS) gewaltsam gestoppt. Die Personen hatten sich als Teil der in den sozialen Medien gestarteten Bewegung ‚Friedenskarawane‘ gemeinsam auf den Weg gemacht, mit dem Ziel europäische Länder zu erreichen. Medienberichten zufolge wurden Journalistinnen und Journalisten von der Berichterstattung abgehalten. Anderen Quellen zufolge soll sogar gewaltsam gegen sie vorgegangen worden sein. Die an der Karawaneteilnehmenden Personen wurden demnach ebenfalls geschlagen und auseinandergetrieben.

Tschad

Mehrere Tote bei interkommunalem Konflikt im Süden

Behördenangaben zufolge sind in der südschadischen Präfektur Lac Iro (Provinz Moyen-Chari) bei dreitägigen gewaltsamen Zusammenstößen, die sich über mehrere Dörfer erstreckten, mindestens 19 Personen getötet und 22 weitere verletzt worden. Die Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern von Ackerbau betreibenden, sesshaften und Viehzucht betreibenden, nomadisch lebenden Bevölkerungsgruppen begannen nachdem eine Viehherde die Ernte eines Bauern zerstört haben soll. Immer wieder kommt es vor allem im Zentrum und Süden des Tschad zu gewaltsamen interkommunalen Auseinandersetzungen zwischen Viehzucht betreibenden, nomadisch lebenden und Ackerbau betreibenden, sesshaften Bevölkerungsgruppen; beide konkurrieren häufig um Ressourcen wie Wasser und Land (vgl. BN v. 29.08.22).

Türkei

RSF-Bericht zum Mordfall des Journalisten Musa Anter

Am 20.09.22 veröffentlichte Reporters Without Borders (RSF) einen Bericht zum Mordfall des kurdischen Journalisten Musa Anter. Der Kolumnist der Zeitung Özgür Gündem war am 20.09.1992 in Diyarbakır im Südosten der Türkei erschossen worden. Obwohl die Verjährungsfrist in diesem Fall am 20.09.22 ablaufen sollte, hat das 6. Hohe Strafgericht in Ankara bei der letzten Anhörung am 15.09.22 keine Entscheidung getroffen. Der Fall wurde auf den 21.09.22, und somit einen Tag nach Ablauf der Verjährungsfrist, vertagt. Laut dem Bericht wurden in der Türkei seit den 1990er Jahren fast 40 Medienschaffende getötet oder sind verschwunden. RSF zufolge ist die Straffreiheit für Verbrechen gegen Journalisten nach wie vor ein alarmierend häufiges Problem. Bei rd. 20 Morden, die sich zwischen 1990 und 1996 in Südostanatolien ereigneten, sollen Täter und Kollaborateure straffrei geblieben sein.

Tunesien

Proteste gegen ökonomische Lage

Medienberichten zufolge demonstrierten am 25.09.22 in Tunis hunderte Menschen gegen Armut, starke Preissteigerungen und die Verknappung von Lebensmitteln. Sie forderten Unterstützung von Staatspräsident Kais Saied. Polizeikräfte setzten Tränengas gegen die Demonstrierenden ein.

Kritik an neuem Mediengesetz

Das vom Staatspräsidenten am 16.09.22 erlassene neue sogenannte Gesetz gegen Gerüchte und Fake News stößt auf scharfe Kritik. Die Verbreitung von falschen Informationen oder Gerüchten im Internet soll künftig mit Gefängnisstrafen von bis zu fünf Jahren geahndet werden können. Unwahre Behauptungen gegen staatliche Repräsentantinnen und Repräsentanten können mit bis zu zehn Jahren Haft bestraft werden. Mit dem neuen Gesetz soll laut offizieller Darstellung verhindert werden, dass der Ruf einer Person ruiniert, die öffentliche Sicherheit beeinträchtigt oder Terror verbreitet wird. Zudem kann das Gesetz auch gegen Personen, die aus dem Ausland kritisch bzw. vorgeblich negativ über Entwicklungen in Tunesien berichten, Anwendung finden.

Definitionen von Gerüchten sowie Fake News sind im Erlass nicht enthalten. Kritische Stimmen befürchten eine starke (Selbst-) Zensur, ebenso weitere Repressionen gegenüber Journalistinnen und Journalisten.

Ukraine

Lageentwicklung

In den von prorussischen Separatisten kontrollierten Gebieten des Donbasses, namentlich der „DNR“ und der „LNR“ sowie in den Oblasten Kherson und Saporischschja finden seit 23.09.22 bis voraussichtlich einschließlich 27.09.22 Referenden über den Beitritt der genannten Gebiete zur russischen Föderation statt. Die Referenden stehen im Widerspruch zur ukrainischen Rechtsordnung. Der Pressesprecher des russischen Präsidenten Dmitrij Peskov stellte nach dem zu erwartenden positiven Ergebnis eine zügige Integration in Aussicht. Im Rahmen eines Gefangenenaustauschs vom 22.09.22 wurden 55 Angehörige der Streitkräfte Russlands, der „DNR“ und der „LNR“ sowie der frühere Leiter der inzwischen verbotenen prorussischen Partei „Oppositionsplattform – für das Leben“ Viktor Medvedčuk gegen 215 Angehörige der ukrainischen Streitkräfte ausgetauscht. Es handelt sich dabei um den größten Gefangenenaustausch seit Beginn der Kampfhandlungen am 24.02.22. Indessen geht die ukrainische Gegenoffensive weiter. In der Oblast Donezk spielen sich die wichtigsten Entwicklungen in der Umgebung von Bakhmut ab, das weiterhin von russischen Truppen angegriffen wird. Ukrainische Kräfte stürmen ferner die Stadt Liman, die im Mai von russischen Truppen eingenommen wurde. Weiter nördlich setzt sich die Offensive gegen die russische Verteidigungslinie am linken Ufer des Oskils fort. Wenn die ukrainische Armee Liman einnimmt und am linken Ufer des Oskils Fuß fasst, öffnet sich der Weg zu Vorstößen in die Oblast Luhansk. Vor dem Hintergrund der aktuell in Russland stattfindenden Teilmobilisierung erklärte Oleksij Arestowjtsch, Berater des Leiters des Büros des ukrainischen Präsidenten, dass auch weitere Mobilisierungsmaßnahmen in der Ukraine nicht ausgeschlossen seien, die dann insbesondere auch (männliche) Studenten betreffen. Bereits seit 14.09.22 ist Studenten, die an ausländischen Hochschulen studieren, die Ausreise aus der Ukraine untersagt.

Venezuela

Dritter Bericht der Unabhängigen Internationalen Fact-Finding-Mission

In ihrem am 20.09.22 veröffentlichten dritten Bericht für den UN-Menschenrechtsrat hat die Unabhängige Internationale Fact-Finding-Mission zur Bolivarischen Republik Venezuela insbesondere die Rolle der staatlichen Nachrichtendienste SEBIN (Servicio Bolivariano de Inteligencia Nacional) und DGCIM (Dirección General de Contrainteligencia Militar) untersucht. Bereits in ihrem Bericht von 2020 sah die Ermittlungskommission die Annahme als begründet, dass der Staat sich im Rahmen einer systematischen Politik zur Unterdrückung von Dissidenz mitunter mittels Menschenrechtsverletzungen auf verschiedene Sicherheitsorgane stütze, darunter als zwei von sechs Strukturen auch die beiden nun näher analysierten Geheimdienste. Der aktuelle Bericht basiert dabei auf mehr als 240 neu geführten Interviews mit Betroffenen, ihren Angehörigen und ehemaligen Mitarbeitenden der

Geheimdienste, daneben auf für vorherige Berichte gesammelten Hintergrundinformationen mittels früherer Interviews und Dokumentensichtungen. Gemäß Bericht sollen beide Geheimdienste seit 2014 gezielt zur Unterdrückung tatsächlicher oder zugeschriebener oppositioneller Personen durch den venezolanischen Staat eingesetzt worden seien. Das Führungspersonal der Geheimdienste sowie deren Untergebene hätten dabei Zeugenberichten zufolge, um kritische und oppositionelle Meinungen zu unterdrücken, auch unter Kenntnis bzw. auf Weisung der obersten politischen Führung, darunter Staatspräsident Maduro sowie der Vizepräsident der Regierungspartei (PSUV) Diosdado Cabello, agiert. Entsprechende Anordnungen seien jedoch nie schriftlich ergangen. Neben den Interviews deuten laut dem Expertenteam auch Indizien wie Beförderungsmuster, Ausstattung der Sicherheitsoperationen mit entsprechenden Mitteln sowie Veröffentlichung von Festnahmen, teils kurz vor ihrem Erfolgen, auf eine Involvierung der obersten politischen Führung hin. Betroffene Oppositionelle seien unter anderem Opfer von willkürlichen Verhaftungen und Inhaftierungen teils auf Basis gefälschter Beweismittel oder erzwungener Geständnisse geworden, es soll zudem zu diversen Akten der Folter und sexueller Gewalt gekommen sein. Den Festnahmen seien häufig mehr oder minder lange Überwachungsphasen der Zielperson vorausgegangen. Insbesondere in den Zellen der beiden Geheimdienstzentralen, dem Helicoide (SEBIN) und dem Boleíta (DGCIM), aber auch in über das Land verteilten, versteckten Häusern (sog. casas de seguridad), in die Betroffene zeitweise festgehalten wurden, seien zahlreiche Menschenrechtsverletzungen begangen worden. Weiterhin gebe es Hinweise für das Begehen von Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch die Geheimdienste. Wenngleich das Helicoide Gefängnis seit November 2021 offiziell der zivilen Gefängnisverwaltung unterstellt ist, übe der SEBIN laut Zeugenberichten weiterhin de-facto die Kontrolle über die politischen Gefangenen aus. Zudem thematisiert der Bericht detailliert den hierarchischen Aufbau inklusive Befehlsketten und den Modus Operandi der Geheimdienste. Es gibt Hinweise, dass Mitarbeitende, die sich Anweisungen zur Begehung entsprechender Delikte widersetzen, zu deren Ausführung gezwungen worden seien. Daneben berichtet eine weitere vorgelegte Ausarbeitung der Kommission auch von zahlreichen Menschenrechtsverletzungen gegen die lokale Bevölkerung, darunter zahlreiche indigene Gruppen, im Bergbaugürtel (Arco Minero del Orinoco) und weiteren Regionen Bolívars. So würden dort ansässige Zivilpersonen und in den Goldminen arbeitende Personen immer wieder Opfer von sexueller Ausbeutung, Tötungsdelikten, Entführungen, Zwangsarbeit und Menschenhandel. Neben bewaffneten irregulären Gruppierungen seien auch staatliche Sicherheitskräfte, wie bspw. Angehörige der Streitkräfte (Fuerza Armada Nacional Bolivariana, FANB), für entsprechende Menschenrechtsverletzungen verantwortlich.

Gemeinsamer Beschluss zu Kontrollpunkten im Land, Ermittlungsverfahren nach Videoaufnahmen

Gemäß Art. 20 einer gemeinsamen Resolution (N° 109) des Verteidigungs- sowie Innen- und Justizministeriums vom 07.09.22 ist es Bürgerinnen und Bürgern fortan erlaubt, „im Rahmen der Ausübung ihrer verfassungsmäßigen und gesetzlichen Rechte die Verfahren, denen sie an polizeilichen und militärischen Kontrollpunkten [alcabalas] im Land unterzogen werden, per Video oder Audio aufzuzeichnen, ohne dass Ihnen dies verboten werden könne.“ Gemäß Art. 20 könne auch niemand verpflichtet werden, an entsprechenden Punkten sein Mobiltelefon abzugeben noch auf diesem gespeicherte Inhalte zu löschen. Am 17.09.22 wurde auf Basis eines in den sozialen Medien veröffentlichten Videos, das Unregelmäßigkeiten bei einer Straßenkontrolle der staatlichen Polizei von La Guaira sowie den Versuch das Filmen zu verhindern dokumentiert, ein Ermittlungsverfahren gegen die Beamten eingeleitet.

Vietnam

Facebook-Nutzer verhaftet

Am 22.09.22 wurde ein Facebook-Nutzer in der Provinz Quang Ngai wegen der Veröffentlichung regierungskritischer Posts verhaftet. Ihm wird der „Missbrauch demokratischer Freiheiten“ vorgeworfen (Art. 331 vietnamesisches Strafgesetz).

